

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

50. Sitzung
9. Januar 2020

Beginn: 13.02 Uhr
Schluss: 15.58 Uhr
Vorsitz: Stefanie Remlinger (GRÜNE)

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Bettina Jarasch (GRÜNE) fragt, inwiefern fehlende Räume oder fehlendes Personal ursächlich dafür seien, dass Schüler/innen in Tempelhof-Schöneberg aktuell nicht beschult werden könnten.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) führt aus, dass es Berlin in den letzten Jahren gelungen sei, über 12 000 Flüchtlingskinder und -jugendliche in die Schulen zu integrieren. 2019 seien noch 5 000 Schüler/innen in Willkommensklassen gewesen. Für die Schaffung von Schulplätzen seien die Bezirke zuständig. SenBildJugFam sei fachlich zuständig, man setze sich inhaltlich mit den Dingen auseinander, sei in Kontakt mit den Bezirken und stelle Lehrkräfte ein. Für die Willkommensklassen seien in den letzten Jahren 1 200 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt worden. Auch Tempelhof-Schöneberg sei zum Start des Schuljahrs gefragt worden, ob es Wartelisten gebe. Es sei keine Problematik gemeldet worden. Im November 2019 sei man von der Stabsstelle, die sich mit Flüchtlingen im Bezirk auseinandersetze, darauf aufmerksam gemacht worden, dass es ein Problem in Tempelhof-Schöneberg gebe. Daraufhin habe SenBildJugFam mit dem Schulamt Kontakt aufgenommen. Jetzt habe man erfahren, dass es die Warteliste gebe. Man habe den Stadtrat kontaktiert und konstruktive Gespräche gehabt. Viele Schulen in dem Bezirk hätten keine Willkommensklassen, einzelne Schulen hätten vier. Der Stadtrat habe zugesichert, dass es eine Lösung gebe, dass die Kinder beschult würden und Willkommensklassen eingerichtet würden. Personal werde zur Verfügung gestellt.

Bettina Jarasch (GRÜNE) fragt, ob die Senatorin von dem Brandbrief gewusst habe, den das Schulamt geschickt habe. Wieso hätten so viele Schulen im Bezirk keine Klassen eingerichtet?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) streitet ab, dass es sich um einen Brandbrief handle. Es sei ein Brief des Schulamtsleiters an die Schulen, in dem er darauf aufmerksam mache, dass er zusätzliche Kapazitäten für Willkommensklassen auch an anderen Schulen benötige. Es werde versucht, Klassen gerechter einzurichten. Es würden freiwillig zusätzliche Kapazitäten geschaffen. Das Bezirksamt werde eine Lösung finden, alle Schüler/innen unterzubringen. Es müsse eine gerechte Verteilung der Willkommensklassen geben. Die Umsetzung sei Aufgabe des Bezirks.

Regina Kittler (LINKE) sagt, sie habe einem Artikel entnommen, dass es im Bezirk Kapazitäten gegeben habe. Sei im Bezirk mit einer Anweisung gearbeitet worden? Es müsse doch möglich sein, Kinder nicht vollen Kursen zuzuweisen.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) bestätigt, dass es freie Kapazitäten gebe. Wenn man ein Problem habe, müsse man es lösen und entsprechende Entscheidungen treffen. 29 Schulen im Bezirk hätten keine Willkommensklassen, dies müsse man ändern. Sie habe verstanden, dass im Bezirk eine Lösung gefunden werde.

Dirk Stettner (CDU) bemerkt zu der Behauptung, es gebe keinen Brandbrief: Der Brief enthalte einen Hilferuf; er weise auf eine prekäre Situation bei der Versorgung hin, einen Notstand. Es werde darauf hingewiesen, dass die Abstimmung mit SenBildJugFam vorher erfolgt sei. Sehe die Senatorin kein Planungsdefizit in ihrer Verwaltung?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) legt dar, dass es eine Mail der Schulamtsleitung an alle Schulen gegeben habe. Diese sei nicht mit ihrer Verwaltung abgestimmt gewesen. Sie habe die Liste, aus der freie Plätze in Willkommensklassen hervorgingen. Im August habe sie keine Problemanzeige aus den Bezirken bekommen. Sie sei durch die Stabsstelle Flüchtlingskoordination auf das Problem aufmerksam gemacht worden und dann auf den Bezirk zugegangen. Die Bundeskanzlerin haben das Berliner Modell des Umgangs mit Flüchtlingskindern in der Bundesrepublik als vorbildlich präsentiert. – Sie – Rednerin – habe immer Bildung von Anfang an gefordert. Unbegleitete Minderjährige kämen vor Abschluss des Clearing-Verfahrens in die Schulen.

Paul Fresdorf (FDP) bezieht sich auf die Antwort auf eine Anfrage, wonach in den nächsten Jahren allein in Spandau 3 000 Schulplätze fehlten. Wie könne die Senatorin sicherstellen, dass der Mangel an Plätzen im neuen Schuljahr behoben sein werde und die Schulpflicht in allen Bezirken sichergestellt sei?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet, dies sei für sie keine neue Situation. Es gebe Ausgleichskonferenzen mit den Bezirken. Man sehe sich regelmäßig die Situation an. Die Schulbauoffensive sei wegen des Zuzugs, der Geburtenrate usw. auf den Weg gebracht worden. Man schaffe durch Schulbau Schulplätze. Es gebe über 50 Ergänzungsbauten. Die Maßnahmen stünden in der Investitionsplanung. Es gehe auch darum, durch strukturiertes Management Schulplätze im System zu schaffen. Mit dem Haushalt habe man ein 100-Mio.-Euro-Programm auflegen lassen, um ein zusätzliches Modul zu haben, damit noch schneller

Schulplätze geschaffen werden könnten. Über dieses Modul wolle man 3 500 Schulplätze schaffen. Sie sei davon überzeugt, dass die Bezirke es schaffen, das nächste Schuljahr genauso einzurichten wie das jetzige.

Paul Fresdorf (FDP) fragt, ob die Senatorin sicherstellen könne, dass die getroffenen Maßnahmen dazu führten, dass zum nächsten Schuljahresbeginn garantiert ausreichend Schulplätze in Berlin vorhanden seien.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) weist darauf hin, dass man derzeit keine Überbelegung habe. Die Durchschnittsfrequenz in Berlin betrage 22 Schüler/innen. Die Bezirke entschieden über die Klassenstärke. Seit vielen Jahren führe man Standardverfahren durch. Jedes Kind werde einen Schulplatz bekommen.

Tommy Tabor (AfD) greift in Bezug auf das Thema Inklusion den Fall Mark Bremer auf. Schulen hätten geantwortet, man nehme nur ein Inklusionskind pro Schulklasse auf. Laut Schulstadtrat Gordon Lemm kämen die Regelschulen hinsichtlich der Inklusion an die Grenzen ihrer Kapazität. Es fehlten Sonderpädagogen und Teilungsräume. – Sei der Fall Bremer ein Einzelfall, oder zeige er, dass die Schulen weiterhin mit der Inklusion überfordert seien, weil der Senat nicht die notwendigen Ressourcen bereitstelle?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) sagt, sie kenne den Einzelfall nicht. Was die Inklusion betreffe, gehe man den richtigen Weg. Ressourcen würden zur Verfügung gestellt. Man setze Inklusion nicht kostenneutral um. Inklusion werde Schritt für Schritt behutsam umgesetzt, die Menschen sollten mitgenommen werden. Es sei viel zusätzliches Geld in die Inklusion geflossen. Man habe die Beratungsstrukturen verändert. Die Lehrerbildung sei verändert worden. Es gebe einen Rechtsanspruch auf Beschulung in der allgemeinbildenden Schule. 70 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf seien an der allgemeinbildenden Schule. Unterricht und konzeptionelle Arbeit in der Schule veränderten sich. Künftig hätten alle Lehramtsstudierenden inklusive Anteile in ihrem Studium.

Tommy Tabor (AfD) nimmt an, dass die Antwort zum Fall Bremer schriftlich gegeben werde.

Stellv. Vors. Stefanie Remlinger betont, dass Personaleinzelangelegenheiten nicht behandelt würden.

Tommy Tabor (AfD) bemerkt, dass laut Presseberichten die Zahl der Kinder mit geistiger Behinderung stark gestiegen sei. Sei es nicht ein Fehler gewesen, Förderschulplätze abzubauen, da nun wieder Plätze neu geschaffen werden müssten?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) verneint dies. Man müsse sich die einzelnen Bereiche anschauen. Der Elternwille sei zu berücksichtigen. Im Bereich Lernen, emotionale Entwicklung seien Förderzentren mangels Bedarf abgebaut worden. – In ganz Deutschland gebe es einen extremen Anstieg der Zahlen von Kindern mit geistiger und körperlicher Behinderung. Die Gründe dafür seien nicht bekannt. Sie halte nichts vom Aussortieren. Es gehe um den besten Schulplatz für das einzelne Kind. Mit einer guten Beratung könnten dies die Eltern selbst entscheiden.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) berichtet von der KMK. CDU-regierte Länder hätten von der Einrichtung eines Nationalen Bildungsrats Abstand genommen. Sie finde dies schade. Es gehe um eine Vereinheitlichung von Qualitätsstandards. Man habe Poolaufgaben für einzelne Bereiche des Abiturs entwickelt. Die KMK begeben sich auf den Weg der Vereinheitlichung. Man wolle einen Beirat der KMK einrichten. Die Staatssekretäre hätten ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Parallel werde an einem Staatsvertrag und einer Ländervereinbarung gearbeitet.

Der **Ausschuss** schließt den TOP ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0208](#)
**Integrative Gesamtstrategie der politischen Bildung
an Berliner Schulen** BildJugFam
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0212](#)
**Mobbing an Berliner Schulen: Bestandsaufnahme &
Handlungsfelder** BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0218](#)
**Selbstmord im Grundschulalter – Wird wirklich
alles gegen Mobbing getan?** BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 28.02.2019

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) legt dar, dass die Senatsverwaltung umfangreiche Materialien vermittelt habe. Junge Menschen sollten starkgemacht werden, um gegen Mobbing vorzugehen. Maßnahmen seien verdeutlicht worden. Es gebe viele präventive Projekte. Es gehe um Sensibilisierung in der Schülerschaft, der Elternschaft und bei den Lehrkräften. Entsprechende Fortbildungen würden angeboten. Auch Cybermobbing spiele eine

große Rolle. Es gebe Mobbing in vielen Lebensbereichen. Die Notfallpläne würden überarbeitet. In der Behörde werde es einen Mobbingbeauftragten geben.

Die Anhörung habe sie berührt. Über die Öffentlichkeit sei ein vermeintlicher Suizid dargestellt und in Verbindung mit Mobbing gebracht worden. Die Schulleiterin habe in der Anhörung deutlich gemacht, dass das Kind Probleme gehabt, Mobbing aber keine Rolle gespielt habe. Bis heute gebe es keine Informationen seitens der Staatsanwaltschaft dazu, ob es sich um einen Suizid gehandelt habe. Die öffentliche Diskussion habe die Schule extrem betroffen gemacht und zurückgeworfen. Das Kollegium habe sich selbst infrage gestellt. Das SIBUZ sei immer noch in der Schule. Man habe Prof. Scheithauer in die Schule geschickt und der Schulleiterin eine Verwaltungsleitung zur Seite gestellt. Die Schule habe eine Lehrerstelle in eine Psychologinnenstelle umgewandelt. Andere Professionen hätten Lehrkräfte zur Arbeit mit auffälligen Kindern beraten. Es habe Elternseminare und -workshops gegeben. Seit diesem Schuljahr habe es keine Beschwerden der Elternschaft gegeben.

Dr. Maja Lasić (SPD) erklärt, dass nicht genug gegen Mobbing getan werde, aber man habe den richtigen Ansatz, der auf präventive, langfristige Maßnahmen und auf Stärkung der Kompetenzen der Schüler/innen und der Lehrkräfte setze. Der laufende Haushalt setze weitere Schwerpunkte. – Nachdenklicher gemacht habe sie der Vorfall an der Hausotter-Schule und die nachfolgende öffentliche Eskalation. Bevor etwas klar gewesen sei, seien Behauptungen aufgestellt und Eltern instrumentalisiert worden. An der Schule habe es fast einen Zusammenbruch und dann einen mühsamen Aufbau gegeben. Die Schulen sollten auch in Zukunft selbst entscheiden können, welche Angebote sie in Anspruch nähmen. Aber Angebote, die nur punktuell eingriffen, die zur Eskalation beitrügen und nicht zu einer Stärkung der Kompetenz der Schüler/innen führten, seien abzulehnen.

Paul Fresdorf (FDP) wendet sich dagegen, tragische Einzelschicksale zu nutzen, um sich Vorteile zu verschaffen. Das Thema Mobbing an Berliner Schulen sei noch nicht erledigt. Es sei später noch einmal zu besprechen, um festzustellen, ob die richtigen Hebel bewegt worden seien. Er habe die Anhörung als wertvoll empfunden, weil man einen tiefen Einblick in das Thema bekommen habe. Die Bonhoff-Stiftung rege an, dass die Schulen einen eigenen Plan gegen Mobbing erstellten. Dadurch würde ein Bewusstsein für das Thema geschaffen.

Tommy Tabor (AfD) fragt, ob eine Dunkelfeldstudie zum Thema Mobbing an Schulen durchgeführt werden solle. Wann werde damit ggf. begonnen? – Wenn man mehr Zahlen habe, könne man den Kindern zeigen, wie groß das Problem sei.

Mario Czaja (CDU) führt aus, dass auf Anfragen immer geantwortet werde, dass es eine Evaluation in der Senatsverwaltung zu diesem Thema gebe. Diese sei zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Offenlegung der Zahlen nicht sinnvoll und nicht wissenschaftlich fundiert sei. Man denke über eine andere Form der Statistik über Mobbing nach. – Er habe um Akteneinsicht zu den Mobbingfällen der letzten drei Jahre gebeten und die Akten gelesen. Sein Eindruck sei, dass es kein klares Bild über das Meldeverfahren bei Mobbing an den Schulen gebe. Es gebe eine unterschiedliche Einschätzung bezüglich der jeweiligen Gefährdungsstufen. Es gebe unterschiedliche Gründe, warum man Fälle mehr oder weniger stark melde. Einzelne Schulen meldeten intensiv, andere gar nicht. Selbst bei harten Fällen lehnten manche Schulen Hilfe ab. – Man tappe beim Thema Mobbing weitgehend im Dunkeln. Man habe keine Statistik. Bei Suiziden sei immer die Frage, welche Akteure die Meinungsführerschaft übernähmen.

Wenn es nicht gelinge, eine anständige, wissenschaftlich fundierte Statistik zu veröffentlichen und den Notfallordner zu überarbeiten, müsse man sich nicht wundern, dass die Kommunikationshoheit andere übernahmen und Einzelfälle stärker skandalisiert würden. – Die Schulen müssten entscheiden, mit welchen Instrumenten sie gegen Mobbing vorgehen wollten. Die Verunglimpfung von Personen, die im Bereich Mobbing unterwegs seien, sei nicht sinnvoll. Angebote von außen sollten zugelassen werden.

Regina Kittler (LINKE) erwidert, dass sie in der Anhörungssitzung den Notfallordner dabei gehabt habe. Dieser sei auf dem aktuellen Stand. Es stehe darin, was zu tun sei. Man habe Orientierungs- und Handlungsrahmen, die 2018 entwickelt worden seien. Zu Cybermobbing gebe es Handlungsempfehlungen. Das Papier müsste nur an allen Schulen umgesetzt werden. Mobbing sei häufig mit Diskriminierung verbunden. Erforderlich seien politische Bildung und Demokratieerziehung.

June Tomiak (GRÜNE) hält es für gefährlich, das Thema Suizid nebenbei zu behandeln. Man müsse damit vorsichtig umgehen, weil es zu Nachahmungstaten kommen könne. Suizid sei die zweithäufigste Todesursache von jungen Menschen weltweit. Die Koalition habe für mehr Beratungsangebote gesorgt.

Mario Czaja (CDU) erwidert Frau Abg. Kittler, Mitarbeiter der Senatsverwaltung hätten gesagt, dass der Notfallordner überarbeitet werden solle. Er sei seit einigen Jahren nicht aktualisiert worden. – Zweifelsohne müsse man mit der Vermischung von Suizid und Mobbing vorsichtig umgehen. Nichtsdestotrotz liege häufig der Verdacht nahe, dass es einen Zusammenhang gebe, wenn in der Schule nicht klar sei, welche Vorfälle es gebe und wohin man sich wenden könne. So sei es in der Hausotter-Schule gewesen. Es gebe keine gute Statistik über Gewaltvorfälle an den Schulen.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) stimmt Abg. Fresdorf in Bezug auf das Erstellen eigener Anti-Mobbing-Pläne durch Schulen zu. Dies werde bereits gemacht. Die SIBUZe könnten dazu qualifizieren. Von den Schulen werde erwartet, dass sie wüssten, wie bei welchen Fällen vorzugehen sei. – Man benötige keine Dunkelfeldstudie, um zu wissen, dass das Thema virulent sei. Man brauche keine weitere Studie, um Akzeptanz in den Schulen zu schaffen. Die Schulen seien dankbar für Angebote. Der Orientierungs- und Handlungsrahmen Gewaltprävention nehme solche Punkte auf. – Die Notfallpläne würden weiterentwickelt. Cybermobbing sei noch nicht in den Notfallplänen enthalten. Man werde Ergänzungsblätter zu selbstverletzendem Verhalten einarbeiten lassen.

Der **Ausschuss** vertagt die Besprechung zu a) und schließt die Besprechung zu b) ab.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Fast ein Drittel aller Berliner Schulanfänger mit
schweren gesundheitlichen und Entwicklungs-
Defiziten – Welche Konsequenzen zieht der Senat
aus den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchung
2017?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0223](#)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 14.03.2019

Vertagt.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.